

die reichhaltigen Ergebnisse der gemeinsamen Thätigkeit mit dem Reichstage mit gerechter Befriedigung hinweisen, welche im ganzen deutschen Lande und außerhalb der Grenzen desselben getheilt wurde. Die erreichten Erfolge gaben dem deutschen Volke zugleich die Bürgschaft der Erfüllung der Hoffnungen, welche, entgegen den Warnungen der Fortschrittspartei, an die Schöpfung des Bundes geknüpft waren. Aber an jener ganzen Entwicklung hatte die Fortschrittspartei nicht den geringsten Theil gehabt: sie hatte fast Alles, was dazu führte, bekämpft und verworfen.

Ebenso hat die »deutsche« Fortschrittspartei, nachdem der Norddeutsche Bund sich zum Deutschen Reiche erweitert hatte, jede Entwicklung desselben zu hemmen gesucht. Sie rechnet es sich hoch an, daß sie doch im Einzelnen viel im liberalen Sinne »verbessern« geholfen habe. Sie hat allerdings jeder Zeit für die liberalsten Abänderungen der Vorlagen gestimmt und dadurch der Regierung die schließliche Annahme der veränderten Gesetzentwürfe oft recht schwer gemacht; aber hinterher hat sie fast alle Gesetze, nachdem sie ihre Abänderungsvorschläge durchgesetzt, im Ganzen doch verworfen. Weil aber diese Gesetze durch ihren Einfluß vielfach den ursprünglichen Absichten der Regierung nicht entsprechen, deshalb bedürfen so viele von ihnen schon jetzt einer Revision.

Wenn die Fortschrittspartei dem letzten Kriege keine Hindernisse wie den früheren bereitet hat, so ließ der völlig unvorhergesehene jähe Ausbruch desselben und die allgemeine Begeisterung, die sich sofort kundgab, keinen Raum für irgend welche Demonstrationen. Aber die Partei rühmt sich noch heute, der Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der »Bundesverfassung mit partikularistischen (sonderstaatlichen) Verschlechterungen« auf ganz Deutschland entgegen gewesen zu sein, und sie verhöhnt die Nationalliberalen, daß sie auch damals das »Erreichbare dem Wünschenswerthen« nicht opfern wollten.

Das ganze frühere unpatriotische Gebahren hat die Fortschrittspartei unverändert auch seit dem Bestehen des Deutschen Reiches fortgesetzt. Sie hat im Einzelnen wie im Ganzen die Entwicklung der einheitlichen Rechtsverhältnisse bekämpft, sie hat allen nationalen Bestrebungen, soviel in ihrer Kraft stand, Hindernisse bereitet. Eine geradezu tödliche Feindschaft aber hat sie von vornherein bis in die neueste Zeit dem Träger des nationalen Gedankens, dem Leiter der deutschen Politik, dem Fürsten Bismarck bewahrt. »Fort mit Bismarck«, das ist ihre Losung gewesen, seit der große Staatsmann in die Regierung berufen worden. Sie leugnet jetzt zwar, wohl wissend, daß gerade dieser Ruf ihr das deutsche Volk abwendig gemacht hat, die Forderung gestellt zu haben. Aber das Hauptorgan der Partei hat es noch im Jahre 1879 offen ausgesprochen: »Es giebt keine andere Hülfe, als daß man angesichts der Lage des Landes sich aufrafft zu dem, was wir sein sollen, zu Männern, die furchtlos und frei aussprechen, was das Land empfindet: **Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck muß fort von seinem Platze!**« —

Das deutsche Volk aber wird bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden haben, ob es sich diesem Rufe anschließen und die Partei, welche aller nationalen Größe und der Entwicklung des Deutschen Reiches im Innern wie nach Außen grundsätzlich feindlich gegenübersteht, unterstützen, oder ob es der Politik, welche Deutschland einig und im Auslande hoch geachtet gemacht hat, auch ferner sein Vertrauen bewahren will, das noch in keiner Weise und in keinem einzigen Falle getäuscht worden.

Die Fortschrittspartei hat durch ihr Verhalten seit ihrem Bestehen längst allen Glauben verwirkt, denn sie hat den Fürsten Bismarck unablässig gerade in dem verdächtigt und in gehässigster Weise bekämpft, was jetzt allseitig als sein unsterbliches Verdienst anerkannt wird. Da sie dort nicht mehr ihr zerstörendes Werk fortsetzen kann, so übt sie es jetzt an der inneren und der wirtschaftlichen Politik des Reichskanzlers. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Wortführer der Fortschrittspartei auch

in dieser Richtung als Lügenpropheten erkannt werden.

»National oder international? Ein Wort über die Parteien im deutschen Reichstage« ist der Titel einer in Leipzig bei Fr. Wilt. Grunow so eben erschienenen Broschüre. Wie die geachtete Verlags-handlung im Vorwort versichert, lebt der ungenannte Verfasser mit den Arbeitern zusammen und kennt durch eine liebevolle Beschäftigung genau ihre Bedürfnisse in Bezug auf Maß und Sicherheit der materiellen Existenzbedingungen, wie nicht minder in Bezug auf das sittliche Leben. Auf Seite 35 und 36 dieser Broschüre finden sich folgende Worte:

»Ich rechne es dem Reichskanzler aufs höchste an, daß er trotz Autokratie und Sozialdemokratie seinen lebendigen Glauben an die edlere Seite des Volksgeistes bezeugt dadurch, daß er freiwillig des niedern Volkes Rechte bedeutend zu erhöhen sucht, im festen Vertrauen, daß es zum Segen und nicht zur weiteren Verwilderung beitragen wird. In der That, wenn der Glaube an das Volk nicht mehr vorhanden ist, wenn man davor erschrickt, dem »süßen Nöbel« zu viele Rechte einzuräumen zu sollen, dann kann sich die Nation überhaupt begraben lassen; denn dann taugt der ganze Untergrund nichts mehr, auf dem sie steht; denn wir sind dann nur des Nöbels oberes Schaumspitzen. Die Sozialdemokratie umfaßt wesentlich nur die von der Kirche abgetrennten kleinen Leute, die nun keine rechte geistige Sphäre mehr haben, derselben aber ebenso dringlich bedürfen als höher Gebildete. Daß diese Klasse nummehr vielfach nicht das Richtige erfaßt, ist nur zum geringsten ihre Schuld. Für mich hat daher das Unfallversicherungsgesetz eine ganz prinzipielle Bedeutung, die weit über Einzelheiten darin hinausragt. Es ist das Sichwiederbeschäftigen des Staates mit der geistigen Würde des unteren Volkes. Einmal soll sein Nationalitätsgefühl wieder gestärkt werden, deshalb ist es wichtig, daß es den Staat als den Träger der Idee deutlich herausfühle, und dies ist schon wieder ein Stück geistigen Inhalts und thut bei den Industriearbeitern vor allem Noth; sodann aber ist der Schritt der Anfang der Fürsorge des Staates, den arbeitenden Klassen zur Erlangung größerer, vor dem Neuesten geschützter materieller Sicherheit zu verhelfen und damit zu größerer gemüthlich wohlthätig wirkender, innerer geistiger Ruhe, was wiederum den ersten Schritt und die Basis für Empfänglichkeit für lokale Interessen und zur Theilnahme an geistigeren Genüssen bildet.«

Der deutsche Ausfuhrhandel nach Ostasien, Australien und der Südsee.

Seit einer Reihe von Jahren hatte die Kaiserliche Regierung sich die Aufgabe gestellt, dem deutschen Handels- und Schiffahrtsverkehr nach den überseeischen Ländern, namentlich auch in der Südsee durch die Entsendung von Kriegsschiffen und durch den Abschluß völkerrechtlicher Verträge Rückhalt zu gewähren. In mehreren dem Reichstage vorgelegten Denkschriften war der Umfang und die Entwicklungsfähigkeit des deutschen Südseehandels dargelegt worden und es waren darin die zur Wahrung der deutschen Interessen erforderlichen Maßnahmen klar bezeichnet. Die hiernach bisher mit Erfolg vom Reiche beobachtete Politik bestand darin, in denjenigen Ländern, welche nicht ausschließlich dem Machtgebiet anderer Staaten angehören, die Gleichstellung und volle Gleichberechtigung Deutschlands und seiner Angehörigen mit den meistbegünstigten Nationen zu sichern.

Dieser Politik entsprach es durchaus, daß die Reichsregierung zu Anfang des vorigen Jahres den Versuch machte, die Begründung einer »Deutschen See-Handels-Gesellschaft« auf Samoa, welche die in Folge der Nothlage einer dort bestehenden deutschen Firma drohende Schädigung des nationalen Interesses abzuwenden den Zweck hatte, durch eine Zinsgarantie Seitens des Deutschen Reichs zu ermöglichen. Es ist in Aller Erinnerung, daß die Fortschrittspartei im Verein mit den ihr blindlings Gefolgschaft leistenden anderen liberalen Parteien des Reichstages auch in diesem Falle wieder, wie überall, wo es sich um die Wahrnehmung der vaterländischen Interessen und um das nationale Ansehen im Auslande handelt, die Mitwirkung versagte und so das patriotische Unternehmen zu Falle brachte.

Wenn es nun auch nicht in der Macht der Reichsregierung lag, einseitig thatsächliche Schritte zur Hebung des deutschen Verkehrs in jenen überseeischen Ländern zu thun, so hat sie dennoch, im Vertrauen auf eine künftige, von nationalem Geiste getragene Mehrheit des Reichstages, nicht unterlassen, der so wichtigen Angelegenheit des deutschen Ausfuhrhandels